

# apflspalten

13.Jg

Nr.1

2005

LDG

aktive pflichtschullehrerInnen  
unabhängige gewerkschafterInnen



# INHALT

13. Jg, Nr. 1, 01/05

	Seite 2
<b>aufg'muckt</b>	
	Seite 3
<b>PISA-Grund zur Panik?</b>	
	Seite 4
<b>Alles über das LDGneu</b>	
	Seite 6
<b>Vorteile des LDGneu</b>	
	Seite 7
<b>Vorteile des BBG</b>	
	Seite 8
<b>LDGneu-Abstimmung</b>	
	Seite 10
<b>Abstimmung</b>	
	Seite 11
<b>Wir beißen nicht</b>	
	Seite 12
<b>bemerkt &amp; notiert</b>	

Impressum:

Offenlegung gemäß § 23 des Mediengesetzes.

Herausgeber: ÖLI-UG

Landesgruppe Wien-**apflug**

Medieninhaber und f. den Inhalt

verantwortlich: Kurt MUCK

Redaktionelle Betreuung:

Gabriele BOGDAN

Layout: Gerhard MALLER

Alle 1100 Wien, Erlachg. 95

Tel. 06991/108\*39\*26

e-mail: k.muck@gmx.at

**Blattlinie:**

Beitrag zu mehr Demokratie in PV und Gewerkschaft.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stimmen nicht unbedingt mit der Meinung des Herausgebers überein.

# aufg'muckt



Es ist schon ein komischer Zufall, dass immer rund um Ferienzeiten in den Medien sehr viel über die Schule berichtet wird. Gut, die Semesterwoche ist ja nach Bundesländern gestaffelt, aber ein Gutteil an LehrerInnen sind in der wohlverdienten Auszeit und werden so von Äußerungen im KollegInnenkreis abgeschnitten.

So auch jetzt, da die Frau Ministerin einen Bildungsdialog ansetzte. Dabei sollen Kanzler und MinisterInnen preferieren. Danach dürfen andere Teilnehmer ihre Meinung kundtun. Laut Kurier ist für sie eine geschätzte Redezeit von 2 Minuten anberaumt. Also sicher ein fruchtbarer Dialog.

Aber die Frau Ministerin hat ja im Vorfeld ohnehin alles erhoben. Und da wir ja in einer Demokratie leben wurde das Volk befragt. Und jetzt weiß die Frau Ministerin was das Volk, sprich die Eltern wollen.

Die 3 Bereiche der Bildungspolitik, die in jüngster Zeit Anlass zur Diskussion gaben sind die **Nachmittagsbetreuung, die Gesamtschule** und die **5- bzw. 6-Tage-Woche**.

Laut Frau Ministerin ist der überwiegende Teil der Eltern schulpflichtiger Kinder für die 5-Tage-Woche. Nona! Da kann die Frau Ministerin reüssieren. Das kost' ja nix.

Ganz anders stellt sich das Problem der Nachmittagsbetreuung dar. Da wurde heraus gefunden, dass nur 30 % für eine freiwillige und gar nur 16 % für eine verpflichtende Einführung sind. Das ist doch ein grandioser Zufall, dass die Eltern so auf der Seite des

Finanzministers stehen. Und nicht zu guter Letzt ist die Einführung der Gesamtschule anscheinend auch nicht gewünscht. Das allerdings dürfte nicht pekuniäre Gründe sondern ideologische haben. Nur ein Drittel der Eltern schulpflichtiger Kinder wollen deren Einführung. Dem stehen 43% der Gesamtbevölkerung gegenüber.

Ich glaube ja, dass der Dialog die Wende bringen wird. Die Frau Ministerin wird sicher die Erhebungen der SPÖ auch in ihre Überlegungen einfließen lassen, zumal diese ganz gegenteilige Ergebnisse zeigen. Das wird sicher nicht nur eine Alibiveranstaltung, wo vorgefasste Meinungen durchgespeitscht werden. Daran glaub' ich fest. Sie etwa nicht?

# PISA- Grund zur Panik?



**Martin Muck**  
apfl-Personalvertreter im  
7. IB

*Seit ein paar Monaten glauben viele ihr Mütchen an der Schule und den LehrerInnen kühlen zu müssen. Grund dafür ist die kürzlich veröffentlichte PISA-Studie. (Siehe auch bemerkt & notiert.)*

Während die österreichische Volksseele und die Schulpolitik nach der vorigen PISA-Studie ob des großen Erfolgs noch im Freudentaumel gewesen ist, herrscht nach der jetzigen Katerstimmung. Haben wir vor vier Jahren noch überdurchschnittliche Ergebnisse erzielt, sind wir jetzt bestenfalls noch Mittelmaß. Fazit: Panik! Österreich verblödet - und das in nur vier Jahren! Und wie immer nach einem Desaster müssen Schuldige her. Eh klar!

Was würde demnach näher liegen, als die Schuld bei den HauptakteurInnen – also den LehrerInnen – zu suchen. Das ist natürlich kompletter Schwachsinn, da ja die Personen die selben sind wie damals. Außerdem legt sich sicherlich niemand aufgrund der ersten PISA – Studie plötzlich auf die faule Haut und ruht sich auf seinen Lorbeeren aus.

Viel mehr darf man sich nicht wundern, dass jahrelange Sparmaßnahmen im Bildungsbereich endlich „greifen“ und zu bescheiden qualitativen Resultaten

führen. Aufschreie und Warnungen seitens der Lehrerschaft wurden diesbezüglich ja immer schon gekonnt mit dem Argument der Panikmache unterdrückt.

Aber dass PISA uns die Rechnung präsentiert ist auch aus mehreren Gründen zu relativieren, wenn man sich einen näheren Blick auf die Fakten gönnt:

Finnland als europäischer Musterschüler hat beispielsweise in der Sparte Mathematik 544 Punkte erreicht, der Schnitt beträgt 500 Punkte, **das sind ca. 92% der finnischen Punkte!!!**

Der Schnitt liegt also enorm hoch.

Wenn man also davon ausgeht, dass Finnland „sehr gut“ ist, hat Österreich mit 508 Punkten ein **um nur ca. 7% schlechteres Resultat**. Was die Lesekompetenz angeht, die uns ja besonders an die Nieren geht, verhält es sich ähnlich: wir sind zwar knapp unter dem Schnitt, aber **nur ca. 10% hinter den Finnen**.

Wäre die PISA-Studie also ein Schularbeit, läge der Schnitt bei „sehr gut“ und alle, die sich um den Schnitt bewegen sind demnach auch „sehr gut“.

Tatsache ist also, dass die Studie auf den ersten Blick eigentlich wenig aussagt, außer dass die meisten Länder ein sehr hohes Bildungsniveau haben, bzw. gleichermaßen durchschnittlich sind, da die Abweichungen vom Schnitt nach oben und unten nur sehr gering sind.

Panik wegen PISA also sicher nicht!

Panik im Allgemeinen sicher schon!

# Alles über das *LDGneu*

**Kurt Muck,**  
Mitglied d. Zentral-  
ausschusses für  
**apflug**



Jetzt ist es also bald soweit. Die Frage ist wie schon vor 4 Jahren: BBG oder LDGneu. (Heißt: Budgetbegleitgesetz oder LandeslehrerInnendienstrechtsgesetz) Wir dürfen wieder abstimmen. Klingt ja ganz schön demokratisch. Weiß man die Vorgeschichte nicht könnte man direkt begeistert sein. Aber so?.....

## **Zur Erinnerung, die Entstehung**

Vor ziemlich genau 5 Jahren – es war im Jahr der Wende – erging der Auftrag an die Frau Ministerin 1,6 Mrd öS einzusparen. Es war bereits das 3. oder 4. Sparpaket. --ich gestehe: Ich hab den Überblick inzwischen verloren. Es wurden drastische Verschlechterungen in Aussicht gestellt. Gemeint war: Selbe Arbeit für weniger Geld. (Siehe Gegenüberstellung im Anschluss)  
Unsere gewerkschaftliche Vertretung (Bundessektion 10 der GÖD) unter der

Führung des damaligen HD Herrn Helm (gleiche Fraktion wie die Frau Ministerin) wusste auf der Stelle Rat. Er berief zeitgleich mit den Gehaltsverhandlungen unter GÖD-Boss Neugebauer mit Frau Riess-Passer eine Sektionsleitungssitzung ein. Dort verkündete er, sich ‚offensiv‘ gegen diese Sparmaßnahmen zu stellen. Es sollte nicht der Anschein erweckt werden, reflexartig alle Regierungsvorschläge abzulehnen. So beschloss er ein neues LDG zu entwerfen. Kernstück des Werks sollte die ‚Flexibilisierung der Arbeitszeit‘ sein. Heraus kam dabei die ‚Topferl-Gschicht‘. Sie sollte vor allem durch den Bereich ‚C‘ eine Vergleichbarkeit mit der Arbeitszeit der VerwaltungsbeamtInnen bringen. Rund 1780 Stunden müssen nachgewiesen werden. Dabei muss am Beginn des Schuljahres von den LehrerInnen eine Absichtserklärung abgegeben werden.

## **Von der Freiwilligkeit zur Pflicht**

Im C-Topf sind alle Tätigkeiten enthalten, die die LehrerInnen bis zum Jahr 2000 selbstausbeuterisch aber freiwillig verrichteten. Akribisch wurde in den mittleren 90ern ein so genanntes ‚LehrerInnenleitbild‘ erstellt, um nachzuweisen, dass LehrerInnen durchaus keinen Halbtagsjob haben, sondern weit über die Zeit der Anwesenheit in der Schule hinaus arbeiten. Diese ‚unsichtbare‘ Arbeitszeit ist des Pudels Kern. Sie sei nicht im Bewusstsein der Öffentlichkeit und müsse sichtbar gemacht werden. Der C-Topf weist sie aus. Sie wird herzeigbar. Dieses Argument geht natürlich ins Leere, denn der

## Vom Kopfarbeiter



Stundenplan enthält natürlich weiterhin nur die sichtbare Arbeitszeit plus der eventuellen Fensterstunden und damit gehen die KollegInnen auch weiterhin an etlichen Tagen in der Woche spätestens um 14 Uhr aus der Schule. Bei den mannigfaltigen Tätigkeiten des C-Topfes müssten die LehrerInnen schon ein Umhängeschild tragen um am Nachmittag nicht als Privatperson zu gelten. Damit ist's wieder nichts mit der Imagepflege.

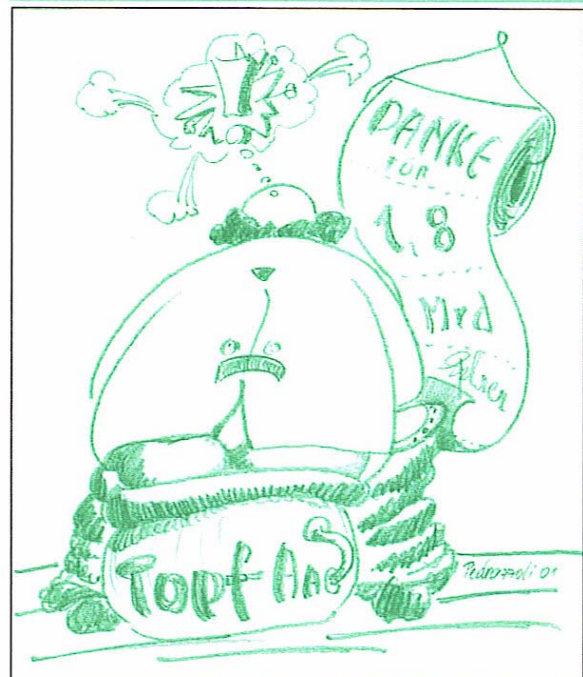
Aber etwas Wesentliches ist erreicht worden. Allerdings zum Nachteil für die LehrerInnen. Und das kristallisierte sich erst später heraus. Versprochen worden war nämlich, dass die Auflistung der Tätigkeiten in der unterrichtsfreien Arbeitszeit bloß eine schulinterne Angelegenheit sei. Sie bleibe bei der Schulleitung. **aplufug** äußerte Bedenken, wies auf die Einforderbarkeit von bisher freiwilligen Tätigkeiten hin. Deponierte sie auch in der Rechtsabteilung des SSR. Sie wurden als Schwarzseherei abgetan. Sukzessive mutierte aber der C-Topfzettel zum Reservoir mancher LeiterInnen und InspektorInnen. Willkürlich wurden und werden Vorhaben (Seminare etc ) von manchen LeiterInnen herausgestrichen und andere Tätigkeiten hinein reklamiert ohne dass jemals

Einsprüche dagegen von Erfolg gekrönt gewesen wären.

## Der C-Topf ein großer Sparstrumpf

Eine weitere Facette des C-Bereichs ist die, dass etliche Tätigkeiten, die bis zur Einführung des LDGneu finanziell abgegolten wurden nun zwar als geleistete Arbeit ausgewiesen werden, sich aber im Börsi nicht auswirken. Es wird zwar nachgewiesen, dass wir Arbeit weit über die Unterrichtstätigkeit hinaus verrichten, sie wird aber nicht abgegolten. Im Gegenteil es besteht die Gefahr, dass der C-Topf mit beliebigen Tätigkeiten gefüllt wird. Natürlich steht auch im Raum, dass die ausgewiesenen Stunden der nicht unterrichtlichen Tätigkeit in der Schule zu verbringen sind. Der Vorstoß wurde bereits von FP-Seite (Rossmann) unternommen. So will man die Ganztagschule ohne Mehrkosten auf dem Buckel der LehrerInnen einführen.

## zum Topfarbeiter



► Kein Wort mehr von der immer größer werdenden Belastung der LehrerInnen im Unterricht. Galt früher die Unterrichtsstunde als doppelwertig

im Vergleich zu einer Bürostunde, so ist sie durch das LDGneu gleichwertig.

► Kein Wort auch, dass sich die Schülerpopulation in den letzten zwei Jahrzehnten drastisch verändert hat. Ich erinnere nur daran, dass LehrerInnen in den Ballungsräumen wie Wien (und anderen Städten Österreichs) mit dem Phänomen der Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache zurecht kommen müssen.

► Das Aufeinanderprallen verschiedener Kulturen oder gar verfeindeten Volksgruppen in einer Klasse ist bei den Erwägungen die LehrerInnen weiter zu belasten kein Thema.

► Dass der Unterricht mit außerordentlichen SchülerInnen ungleich mehr erfordert, als eine annähernd homogene Klasse früherer Zeiten.

► Kein Wort weiters über die Belastung der Kinder durch Reizüberflutung der modernen Medien (Computer, Video, Fernsehen bzw. andere Zerstreuungen, die mit großem Aufwand schmackhaft gemacht werden – Jugendkultur = Spaßkultur) und die daraus resultierende Konzentrationsunfähigkeit

► Ausgespart wird auch, dass durch die neoliberale Wirtschaft unsere Gesellschaft mit immer größer werdender Armut zu kämpfen hat. (Was besonders unsere SchülerInnen bzw. deren Eltern betrifft)

► War noch in den 80ern die Wohlstandsverwahrlosung ein Thema für uns LehrerInnen, so ist es jetzt in zunehmendem Maße die Armutsverwahrlosung und ihre Folgeerscheinungen, die zu schaffen macht. (Hunger, Krankheit, Kleidung)

(Ich kann mir den Einwand vorstellen, dass die Kinder oft Dinge in die Schule mitbringen, die vordergründig der Armut widersprechen - Handys, Walkmen, etc  
Doch der Einwand geht ins Leere, denn Armut wird als Mangel erlebt für den man sich

genieren muss. Dazu gehören ist wichtig. Die beworbenen Modeartikel sichern die Gruppenzugehörigkeit)

Nicht zuletzt soll auch noch erwähnt werden, dass die diversen Sparpakete die Belastungen nicht geringer machten. Sie brachten

► Überfüllte Klassen

► den Suppliererlass aus dem Jahr 2000

► das Zurückschrauben der sozialen Begleitmaßnahmen etc,etc

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal auf das LehrerInnenleitbild zurückkommen. Es wurde im Lichte der Überbelastung der LehrerInnen und der damit verbundenen Bedrohung durch das ‚Burnout-Syndrom‘ erstellt. Es sollte bewiesen werden, dass wir an die Grenzen der Belastbarkeit gestoßen waren. Und damals war die Situation noch nicht so drastisch wie heute. Es sollte auch belegen, dass wir nicht überbezahlt waren. Und damals wurden aber noch einige Tätigkeiten bezahlt, die wir jetzt zum Nulltarif im C-Topf stehen haben. Inzwischen haben auch einige Lohnerhöhungen bekommen, die diesen Namen eigentlich nicht verdienen, weil sie uns allesamt Reallohnverluste eingebracht haben. Und das LDGneu hat sein Scherflein dazu beigetragen.

### **Wo liegt der Vorteil des LDGneu?**

Der von den Erfindern kolportierte Vorteil liegt in der *Unterrichtsverpflichtung*. Da wird von einer so genannten Bandbreite gesprochen, die zwischen 20 und 22 Stunden pro Woche liegt. De Facto ist das in Wien höchst eigenartig geregelt. Da wird den VS- und SO-LehrerInnen eine Unterrichtserteilung von 22 Stunden vorgeschrieben und den HauptschullehrerInnen eine von ‚nur‘

21 Stunden. Das ist für uns ein sehr zweifelhafter Vorteil. Laut Auskunft des früheren Landesschulinspektors brachte diese Verpflichtung einem Drittel der LehrerInnen einen Vorteil, einem Drittel einen Nachteil und ein Drittel stieg damit pari aus. Das bedeutet: Dieser Teil des LDG ist ein Nullsummenspiel für die Behörde erwirtschaftet durch Ungleichbehandlung der KollegInnen (sprich: Entsolidarisierung) SchulleiterInnen haben generell eine (fiktive) Lehrverpflichtung von 20 Stunden. Davon werden dann diverse Abschläge je nach Schultypen abgezogen. (Für Leitung, pro Klasse, pro Gruppen, pro Kinder mit SPF und ev. I-Klassen)

Ein echter Vorteil liegt in der Bezahlung der *Mehrdienstleistungen* und der *Supplierstunden*. Der Satz liegt bei 1,43 % bei beiden. Bitter schmeckt die Vorschreibung von 10 Gratissupplierungen pro Jahr.

Im Krankheitsfall wird in der 5-Tagesschule 1/5 bzw. in der 6-Tagesschule 1/6 der MDL Vergütung abgezogen. Bei Schulveranstaltungen kann es zu MDL kommen.

### **Vorteile des BBG**

Geht man davon aus, dass jeder von uns arbeitet um Geld zu verdienen, so muss als Vorteil gewertet werden, dass durch Abschlagsregelungen für M, D und E und die zusätzliche Abgeltung für Klassenführung und Kustodiate das Verhältnis aufgewendete **Stunden zu Lohn** ein besseres ist als beim LDGneu.

Die MDL (1,25 %) bzw. die Supplierung (Fixbetrag von 21,48 €) wird zwar geringer abgegolten, doch das macht das Kraut nicht fett, denn die Tendenz der MDL bzw. Suppl geht sowieso gegen Null.

**Und ein großer Vorteil ist: Die Bedrohung durch den C-Topf ist gebannt.**

## *Was nicht mehr passieren darf:*

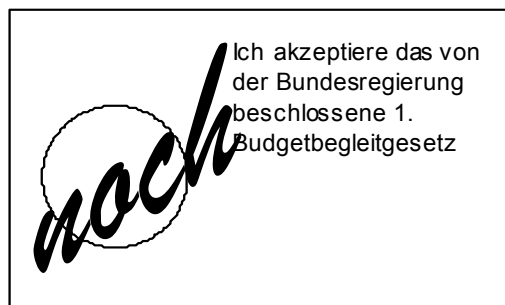
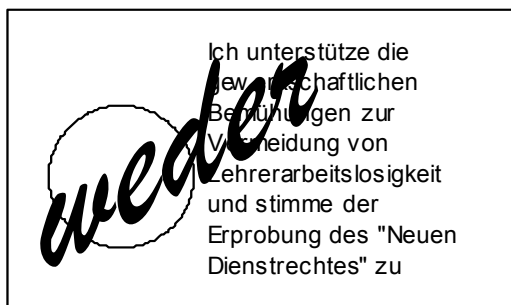
Vor 4 Jahren wurde uns ein Stimmzettel von der GÖD aufgezwungen, der bloß die Wahl zwischen Pest und Cholera ließ.

Vorarlberger GewerkschafterInnen ließen sich einen alternativen Stimmzettel einfallen. Wohlgermerkt die Landesektion der GÖD für PflichtschullehrerInnen. Mit dem Erfolg, dass die gesamte Ländleabstimmung nicht gewertet wurde. Es folgte ein Riesenwirbel und die Gründung der UBG – Unabhängige Bildungsgewerkschaft



## So sah 2001 der Stimmzettel aus.

Wir plädierten für das Einsetzen von „weder-noch“



*Sofern alle Bemühungen zur Vermeidung von Lehrerarbeitslosigkeit scheitern, tritt das 1. Budgetbegleitgesetz in Kraft. In diesem Fall unterstütze ich persönlich die Bundessektion APS-GÖD bei der Einleitung, Umsetzung u. Durchführung von gewerkschaftlichen Maßnahmen*



*Zutreffendes Ankreuzen*

**Streik!!!**

Wilfried Mayr,  
Personalvertr.  
f. KULI-UG,  
ÖÖ



probeweise eingeführt, nun steht die Abstimmung darüber an, für welche der beiden Varianten sich eine Mehrheit der KollegInnen erwärmen kann. Beide Varianten bedeuten eine Verschlechterung gegenüber der Zeit vor 2001, daher urgieren die Unabhängigen GewerkschafterInnen (UG) eine dritte Variante, die eine weitere Erprobungszeit mit Verbesserungen und mehr Gerechtigkeit bringen sollte, beispielsweise mit einer Valorisierung der zu haltenden Unterrichtsstunden nach ihrem Vorbereitungs- und Verbesserungsaufwand und der Größe der Klasse oder Gruppe, die tatsächlich unterrichtet wird.

## LDGneu- Abstimmung

Vor vier Jahren wurde für die Pflichtschul-LehrerInnen Österreichs als Alternative zum Budget-Begleitgesetz das "LDG-neu (Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz)

Der Vorsitzende der Bundessektionsleitung 10, **Walter Riegler**, berichtete auf der Erweiterten Bundessektionsleitung am 13.1., er habe am 11.1. mit Ministerin **Gehrer**, deren jetzigem Generalsekretär (und



ehemaligen APS-Gewerkschaftsboss und Erfinder des LDG-neu) **Hermann Helm** sowie GÖD-Vorsitzendem **Fritz Neugebauer** ein zweieinhalbstündiges Gespräch über eine dritte Möglichkeit geführt, in dem die Ministerin aber die kalte Schulter zeigte und daher nur mehr die Entscheidung zwischen Budgetbegleitgesetz (wie es die höheren Schulen haben) und dem LDG-neu bliebe.

## **Die Abstimmung wird in der Woche zwischen 28.2. und 4.3.2005 durchgeführt.**

Die Vertreter der UG, **Andreas Chvatal** (apflug) und **Wilfried Mayr (KULI-UG)**, bestanden auf einer dritten Möglichkeit, nämlich

***"Ich lehne beide Modelle ab und fordere die Gewerkschaft zu gewerkschaftlichen Maßnahmen für ein Dienstrecht auf, das uns im Vergleich zur Zeit vor 2001 nicht schlechter stellt."***

Mit dieser Forderung blieben die beiden UG-Vertreter bei der Abstimmung allein, es werden daher

nur die beiden gewohnten Varianten am Stimmzettel zu finden sein, allerdings ohne die manipulativen Formulierungen von vor vier Jahren. Zumindest in Wien wird elektronisch abgestimmt werden, dies geschieht mit Hilfe von zwei voneinander getrennten Datenbanken, so dass das Abstimmungsverhalten der einzelne Lehrkräfte nicht nachvollzogen werden kann. Welche Bundesländer sich noch für die elektronische Abstimmung entscheiden werden, wird sich erst entscheiden.

Da die UG für keine der beiden Varianten eine Empfehlung aussprechen kann, bleibt nur noch die Möglichkeit des Protests, indem man zwar abstimmt (wählt), aber keine der beiden Möglichkeiten ankreuzt. Uns wurde zugesagt, dass im elektronischen Programm in diesem Fall noch einmal rückgefragt wird, ob man absichtlich ungültig wählen möchte, dann kann man dies bestätigen und so seinen Protest gegen die Zumutungen anzeigen.

Wir empfehlen daher, möglichst vielzählig ungültig zu wählen und der Abstimmung nicht fern zu bleiben, um unseren Protest möglichst deutlich zum Ausdruck zu bringen.

Das LandeslehrerInnen Dienstrechtsgesetz von 1984 hat bis zur Änderung durch das Budgetbegleitgesetz 2001 wesentlich bessere Arbeitsbedingungen gewährleistet.

Die Gewerkschaft ist durch ihre Statuten dazu verpflichtet „günstige Arbeitsbedingungen herbeizuführen“ (§ 3 Abs. 2 lit.a der Statuten) Das LDGneu erfüllt diese Aufgabe keineswegs, sondern hilft der Regierung ihren Sparkurs fortzusetzen.

Wir kandidierten in den folgenden Bezirken:

IB	Gem.Bez	Zentralausschuss			Dienststellenausschuss						
		FSG-ZV	fcg-clw	apflug	FSG-ZV	fcg-clw	aplug	ülist 18	Mandate		
4	7. u. 15	144	162	71	139	165	79		4	4	2 (1)
6	10	330	147	98	343	145	114		8	3	2 (2)
7	4. u. 5.	116	86	36	126	93	43		4	3	1 (0)
8	6. u. 12.	201	117	56	224	124	71		6	3	1 (0)
PTS	Wien	89	52	45	108	64	57		4	2	2 (1)
16	13. u. 23.	212	190	46	219	200	50		5	5	1 (0)
17	Wien	427	150	154	418	155	154		9	3	3 (2)
18	Wien	202	88	149	161	86	96	103	5	2	2 (2)

Die Mandatsverteilung im Zentralausschuss (Der Zuständigkeitsbereich erstreckt sich über ganz Wien)

**FSG: 5 Mandate**

**FCG: 4 Mandate**

**apflug: 1 Mandat**

**apflug** konnte gegenüber 1999 den Stimmenanteil von 906 auf 1058 erhöhen obwohl dieses Mal weniger Bedienstete wahlberechtigt waren. In den Bezirken änderte sich der Mandatsstand zu unseren Gunsten wie in der Tabelle ersichtlich. Im Zentralausschuss blieb die Verteilung unverändert.

Zu bemerken ist, dass in den Bezirken, in denen **apflug** keine Bezirkskandidatur nannte, für den Zentralausschuss **apflug-Stimmen** durchaus in Mandatsstärke abgegeben wurden. Das heißt würden wir unsere WählerInnen direkt ansprechen und zu einer Kandidatur bewegen können, wären wir in mehr Bezirken vertreten.

**Und?**

**War's das schon?**

**Oder wollen Sie mehr von uns?**

**WIR BEISSEN NICHT!**

**Outen Sie sich als apfl-WählerIn und nehmen Sie Kontakt mit uns auf.**

- ▶ **Stellen Sie Fragen und wir beantworten sie.**
- ▶ **Machen Sie Vorschläge, wir reichen sie weiter.**
- ▶ **Haben Sie Zores mit der Schulbehörde, wir stehen Ihnen bei.**
- ▶ **Sie wollen was für uns tun, werden Sie unser/e AnsprechpartnerIn in Ihrer Schule.**
- ▶ **Sie wollen Anschluss, wir laden Sie ein.**

**Monatlicher Treff: 1100 Wien, Erlachgasse 95**

**Tel: 06991/108\*39\*26**

**e-mail: [k.muck@gmx.at](mailto:k.muck@gmx.at)**

**apflug**

